

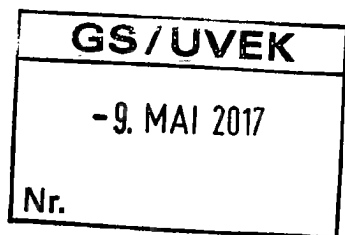


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Bundesamt für Landestopografie swisstopo
Eidgenössische Geologische Fachkommission EGK

Bern, 7. Mai 2017



Eidg. Dep. für Umwelt, Verkehr
Energie und Kommunikation
Frau Bundespräsidentin Doris Leuthard
Kochergasse 6
CH-3003 Bern

Stellungnahme der EGK zu den Änderungen der Verordnungen betreffend Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Als ständige ausserparlamentarische Kommission berät die Eidgenössische Geologische Fachkommission (EGK) den Bundesrat in Fragen der angewandten Geologie. Die EGK sieht einen dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Koordination der Nutzung des Untergrundes.

Im Rahmen des ersten Massnahmenpakets hat das Parlament eine Totalrevision des Energiegesetzes vom 26.6.1998 sowie Teilrevisionen verschiedener weiterer Bundesgesetze beschlossen. Infolgedessen müssen auch die Landesgeologieverordnung LGeoIV angepasst werden. Wir danken Ihnen, zu den oben genannten Entwürfen erneut Stellung nehmen zu können.

In der Energieverordnung EnV wird das neue Förderinstrument „Erkundungsbeitrag“ eingeführt, welches das bereits bestehende Förderinstrument „Geothermie-Garantie“ ergänzt. Die EGK unterstützt die Einführung dieser beiden Instrumente und begrüsst die vorgeschlagene finanzielle Unterstützung von Stromprojekten mit Erkundungsbeiträgen und Garantien. In der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen werden ebenfalls neue Bundesbeiträge für Projekte zur direkten Nutzung der Geothermie für die Wärmebereitstellung eingeführt. Damit wird eine wesentliche Lücke geschlossen, was von der EGK unterstützt wird.

Die EGK empfiehlt eine Harmonisierung der Begriffe „Prospektion“ und „Exploration“ in der EnV mit den Begriffen „Prospektion“ und „Erschliessung“ in der CO₂-Verordnung. Es gibt zwischen den zwei Verordnungen noch Unstimmigkeiten, die wichtige finanzielle Konsequenzen haben: die zweite Injektionsbohrung für Wärmeproduktion kann gemäss CO₂-Verordnung Beiträge von höchstens 60 Prozent bekommen, in der EnV wird nur die erste Explorationsbohrung für die Stromprojekte mit unbestimmtem Prozentanteil mitfinanziert. Die EGK ist der Meinung, dass auch die finanziellen Beiträge zwischen den zwei Verordnungen harmonisiert werden sollten.

Gemäss CO₂-Verordnung (Art 113 Abs. 2) und Energieverordnung (Art 25 Abs.3) kann erst dann ein Gesuch eingereicht werden, wenn die für das Projekt notwendigen Bewilligungen oder Konzessionen rechtskräftig vorliegen und wenn die Finanzierung des Projekts gesichert ist. Dies ist aus unserer Sicht zu spät, da ein Gesuchsteller im Rahmen der Konzessionerteilung den Nachweis liefern muss, dass die Finanzmittel für die erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens gesichert sind. Der Beschluss zu den Bundesbeiträgen für solche Geothermie Projekte sollte aus unserer Sicht schon im Rahmen des Bewilligungs- resp. Konzessionsverfahrens vorliegen. Diese Zusicherung könnte zum Beispiel mit einer Bedingung versehen sein, dass die Beiträge nur dann ausbezahlt werden, wenn eine rechtskräftige Bewilligung resp. Konzession vorliegt.

Betreffend Geodaten (Anhang 1, Punkt 5 EnV und Anhang 12 Punkt 5 CO2-Verordnung), ist die EGK der Meinung, dass die Fristen für die Auslieferung der Daten an swisstopo (6 Monate nach der Erhebung) und für die Veröffentlichung durch swisstopo (12 Monate nach Abschluss der Explorationsbohrung) zu kurz sind. Die EGK schlägt vor, die jeweiligen Fristen mindestens auf ein 1 Jahr, bzw. 3 bis 5 Jahre zu erhöhen. Die EGK ist aber der Überzeugung, dass die Pflicht zur Verfügungsstellung geologischer Daten in durch den Bund finanzierten Projekten, deren Langzeitarchivierung und Veröffentlichung durch swisstopo, für eine nachhaltige Forschung und Entwicklung unumgänglich ist.

Die EGK hat sich gefragt, ob der Begriff „Erfassung der Gefahren“ auch die Überwachung beinhaltet (nach unserem Verständnis eher nicht). Mögliche induzierte Erdbeben und die Schäden an Gebäuden sind nicht erwähnt. Um diese Elemente besser zu berücksichtigen, schlägt die EGK folgende Anpassungen vor:

EnV, Anhang 1: Art. 3.1 Abs. d, 3.2.2 Abs. e und 4.1 Abs f:

d. die Massnahmen, die geplant sind zur Erfassung und Überwachung von Gefahren und Risiken für Gesundheit, Arbeits- und Betriebssicherheit, Gebäude (durch induzierte Erdbeben) und Umwelt (insbesondere Trinkwasser-Ressourcen), sowie der Minderung der Risiken auf ein Niveau, das möglichst gering und vernünftigerweise praktikabel ist.

e. der Überwachung und des Managements der Risiken für die Gesundheit, die Arbeits- und Betriebssicherheit, Gebäude und die Umwelt.

f. die Massnahmen, die geplant sind zur Erfassung und Überwachung von Gefahren und Risiken für Gesundheit, Arbeits- und Betriebssicherheit, Gebäude (durch induzierte Erdbeben) und Umwelt (insbesondere Trinkwasser-Ressourcen), sowie der Minderung der Risiken auf ein Niveau, das möglichst gering und vernünftigerweise praktikabel ist.

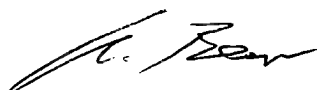
CO2 Verordnung Anhang 12, Art. 4.3.1, Abs. d:

d. der Überwachung und des Managements der Risiken für Gesundheit, Arbeits- und Betriebssicherheit, Gebäude und Umwelt.

In Anbetracht des Werdegangs von geologischen Daten schlagen wir vor, in der LGeoIV vom 21.5.2008 geologische Daten neu als 1) primär, 2) primär prozessiert und 3) sekundär zu definieren. Diese Definitionen müssen klar, nachhaltig und genügend flexibel sein, um einen tauglichen Datenaustausch auch im Rahmen neuer Entwicklungen zu gewährleisten. Es wäre von nationalem Interesse, diese Definitionen nicht nur für geologische Daten im Rahmen der Förderung der Geothermie festzulegen, sondern auch für geologische Daten aus anderen Fachbereichen (Tiefenplanung, Umweltschutz, Grundwasser und Georessourcen) anzuwenden. Die EGK anerkennt und unterstützt die notwendigen Anpassungen der LGeoIV, um die Intensivierung des Datenaustausches zwischen Bund, Kantonen und Privaten zu fördern.

Die EGK stellt sich gerne zur Verfügung, um nach dem Vernehmlassungsverfahren, Differenzen zwischen eingetroffenen Stellungnahmen zur LGeoIV zu bereinigen.

Eidgenössische Geologische Fachkommission EGK



Dr. Christoph Beer
Präsident